

KOMPAKT

Gedenken

ONLINE Ohne jegliches Gedenken wollten die Stadt München und die Israelitische Kultusgemeinde München und Oberbayern den Jahrestag der Pogromnacht vom 9. November 1938 nicht verstreichen lassen. Die sonst im Alten Rathaus stattfindende Erinnerungsfeier, die wegen der Corona-Pandemie abgesagt werden musste, fand im Online-Format statt. Unter der Internet-Adresse www.gedenken9nov38.de/live sowie auf www.ikg-live.de können die Reden von IKG-Präsidentin Charlotte Knobloch, Oberbürgermeister Dieter Reiter, Andreas Heusler vom Stadtarchiv und des Psychiaters Michael von Cranach von der Gedenkinitiative für die »Euthanasie«-Opfer abgerufen werden. *ikg*

Kulturtag

PROGRAMM Zum 34. Mal finden in diesem Jahr die Jüdischen Kulturtag München statt. Der Unterschied zu all den vorangegangenen Jahren: Die Veranstaltungsreihe, die von der Gesellschaft zur Förderung Jüdischer Kultur und Tradition organisiert wird, musste coronabedingt ins Internet verlegt werden. An dem inspirierenden Programm, verspricht die Vorsitzende Judith Epstein, habe sich nichts geändert. Start der Kulturtag ist am Samstag, den 14. November, um 20 Uhr mit einem Konzert des Klaviervirtuosen Guy Mintus und jiddischen Liedern, vorgetragen von der Sängerin Lea Kalisch. Mit virtuellen Grußworten wollen Prominente wie Iris Berben, Axel Milberg und Elmar Wepper darüber hinaus ein Zeichen für ein offenes Miteinander, Solidarität und Toleranz setzen. Einen Tag später, am 15. November, ebenfalls um 20 Uhr, wird ein Gespräch mit der Künstlerin Ilana Lewitan unter dem Titel »Adam, wo bist du?« übertragen. Am Donnerstag, 19. November, steht um 11 Uhr der Film *Masel Tov Cocktail* auf dem Programm. Das für Dienstag geplante »Liberation Concert – 75 Jahre Jüdisches Orchester in Bayern« wurde auf nächstes Jahr verschoben. Mitverfolgt werden können die Veranstaltungen im Internet unter www.juedische-kulturtag-live.de und www.facebook.com/juedischekulturtag. *ikg*

Sicherheit

HAUSHALT Innenminister Joachim Herrmann will jüdische Einrichtungen in Bayern besser schützen. Nach dem Anschlag von Halle habe die Staatsregierung acht Millionen Euro zur Verbesserung des Schutzes bereitgestellt, erklärte der CSU-Politiker am vergangenen Sonntag. Für den kommenden Haushalt 2021 werde er sich dafür einsetzen, die Mittel um weitere drei Millionen aufzustocken, so Herrmann. *ikg*

Tradition

AUSSTELLUNG 1929 verkaufte die Oberbayerische Rohstoff- und Arbeitsgemeinschaft (ORAG) ihr Anwesen im heutigen Rosental an das Kaufhaus »Heinrich Uhlfelder GmbH«, das bis zur sogenannten Kristallnacht im November 1938 als zweitgrößtes Warenhaus Münchens galt und bis zur dritten Etage über die erste Rolltreppe stadtwweit verfügte. Einen florierenden Tuchgroß- und -einzelhandel betrieb seit 1882 Nathan Stark am Stachus Nr. 5. Seine Nachfahren verloren ebenfalls 1938 ihr Geschäft. Das Kulturzentrum der IKG erinnert in seiner zweiten Schaufenster-Ausstellung zu jüdischen Geschichte Münchens an diese beiden alteingesessenen Traditions-geschäfte. Dank der Kooperation mit dem ORAG-Haus sind historische Fotos und Informationen zu den Firmen »Uhlfelder und Stark & Cie« bis 30. November jederzeit am Jakobsplatz zu besichtigen. *ikg*



Foto: Marina Maisel

Das Unbehagen hält an

RECHTSEXTREMISMUS Bayerisches Verwaltungsgericht setzt den Antrag von Stadt und IKG gegen Münchens Pegida-Chef Heinz Meyer außer Kraft

VON HELMUT REISTER

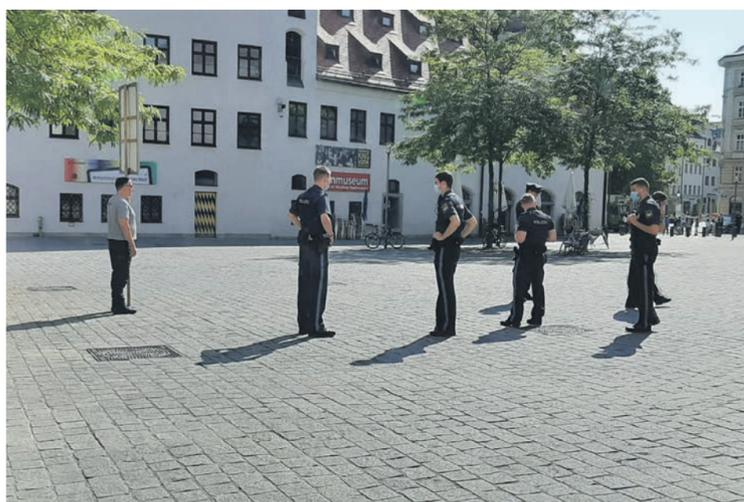
Mit einem Platzverweis wollte die Stadt München den unsäglichen Auftritten des Rechtsextremisten Heinz Meyer vor der Synagoge und dem Jüdischen Gemeindezentrum ein Ende bereiten. Diese Anordnung, die im Sommer erteilt und von der Israelitischen Kultusgemeinde nachdrücklich unterstützt wurde, haben die Richter des Bayerischen Verwaltungsgerichts außer Kraft gesetzt. Bis zu einer endgültigen gerichtlichen Entscheidung darf Meyer dort weiterhin seine ideologischen Positionen verbreiten.

Auf den ersten Blick ist die Szenerie klar. Ein Mann steht auf dem Jakobsplatz, nur wenige Schritte von Gemeindezentrum und Synagoge entfernt. In der Hand hält er ein großes Plakat, mit dem er gegen religiöse Bräuche im Judentum wettet. Beter, die zum Gottesdienst in die Synagoge gehen, laufen an ihm vorbei – und haben Angst. »Nur darum geht es ihm, nicht um jüdische Religion«, stellt Charlotte Knobloch, die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, fest. Das erkennbare Unbehagen Knoblochs, die den Holocaust überlebte und nun das aktuelle Wiederaufflammen des Antisemitismus in breiten Gesellschaftsschichten wahrnimmt, ist leicht nachvollziehbar.

NEONAZIS Ein Faktor, der das Unbehagen weiter schürt, sind die »Kameraden«, mit denen sich Meyer umgibt. In konzentrierter Form traten sie im Jahr 2015 beim ersten »Pegida«-Aufmarsch in München, den der Rechtsextremist organisierte, gemeinsam in Erscheinung. Etwa 80 gewaltbereite Neonazis nahmen den Erkenntnissen der Polizeibehörden zufolge daran teil, darunter auch ein verurteilter Helfer des mörderischen Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) – und zwei eng mit Meyer verbundene Mitglieder der verbotenen rechtsextremistischen »Kameradschaft Süd«.

Für die Israelitische Kultusgemeinde ist die »Kameradschaft Süd« ein rotes Tuch. Immerhin waren es zwei Mitglieder der Neonazi-Truppe, die einen Bombenanschlag bei der Grundsteinlegung des Gemeindezentrums am Jakobsplatz geplant hatten. »Viel Fantasie ist nicht nötig, um nachvollziehen zu können, welche Gefühle der Auftritt dieser »Kameraden« direkt vor dem Gemeindezentrum auslöst. Ob er nun mit dem Plakat nur still herumsteht, spielt dabei keine Rolle«, beschreibt Knobloch die für sie nicht hinnehmbare Situation.

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz hält Heinz Meyer für »einen maßgeblichen Aktivisten der rechtsextremistischen Szene«. Sein Name taucht auch auf der Liste der 43 gefährlichsten Rechtsextremisten Deutschlands auf, wie die »Süddeutsche Zeitung« berichtete. Von den Behörden wird er als »Gefährder«



Plakat-Aktion von Heinz Meyer auf dem Jakobsplatz (o. und M.); Pegida-Kundgebung (u.)

eingestuft. Seit 2012 ermittelt die Generalbundesanwaltschaft gegen ihn wegen Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung.

An der Rechtslastigkeit Meyers und seiner Motivlage ist auch das Verwaltungsgericht nicht vorbeigekommen. »Für das Gericht steht außer Frage«, heißt es in einer Stellungnahme zur Aufhebung des Platzverweises, »dass der Antragsteller ein bekennender, vorbestrafter Rechtsextremist ist, der zu Provokationen neigt. Für das Gericht ist auch nachvollziehbar, dass für jemanden, der die politische Vita des Antragstellers kennt, dessen Aktionen am St.-Jakobs-Platz als ärgerlich und anstößig erscheinen.«

GESINNUNG Die Stadt München hatte den Platzverweis, gegen den Meyer mit einem Eilantrag beim Verwaltungsgericht vorgeht, damit begründet, dass er mit seinem Auftreten eine Belästigung der Allgemeinheit darstelle und es ihm in Wirklichkeit darum gehe, seine rechtsextremistische Gesinnung zur Schau zu stellen.

Charlotte Knobloch setzt ihre Hoffnung auf das endgültige Urteil im Hauptverfahren.

Von dieser Argumentation ließ sich das Verwaltungsgericht nicht beeindrucken, auch nicht von der möglichen Wirkung der Plakat-Aktion auf die jüdische Gemeinschaft. Als antisemitisch beziehungsweise zum Hass gegen Juden aufstachelnd könne sie jedenfalls nicht gewertet werden, meinten die Richter im Eilverfahren.

Charlotte Knobloch, die von Gemeindegliedern mehrfach auf den furchteinflößenden Charakter des Meyer-Auftritts angesprochen wurde, setzt ihre Hoffnung auf eine differenziertere Betrachtungsweise der Verwaltungsrichter, die das endgültige Urteil im Hauptverfahren treffen müssen. »Die Reduzierung der Argumentation auf das Grundrecht der freien Meinungsäußerung wird der eigentlichen Problematik nicht gerecht«, ist sie überzeugt.

Die »eigentliche Problematik« spricht Charlotte Knobloch bei geeigneten Anlässen immer wieder an und blickt dabei auf den seit Jahren wachsenden und immer offener zutage tretenden Antisemitismus, auf Hass, der sich zunehmend in Gewalt niederschlägt. Sie fordert ein konsequenteres Vorgehen des Staates gegen antisemitische Strukturen in der Gesellschaft sowie eine bessere rechtliche Grundlage, um sie zu bekämpfen. In diesem Punkt sei vor allem die Politik gefordert. »Sonntagsreden«, sagt Charlotte Knobloch, »habe ich schon genügend gehört. Es wird Zeit zum Handeln.«

Fotos: Marina Maisel, privat

Gedankenaustausch im Gemeindezentrum

TREFFEN Karoline Edtstadler, Österreichs Ministerin für EU und Verfassung, zu Besuch in der IKG

Wie grausam die Realität sein kann, haben Charlotte Knobloch, die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, und die österreichische Ministerin für EU und Verfassung im Bundeskanzleramt, Karoline Edtstadler, auf drastische Weise erfahren. Am Dienstag vorvergangener Woche kam die Spitzenpolitikerin des Nachbarlandes zu einem Besuch ins Gemeindezentrum.

Bei einem fast einstündigen Gedankenaustausch brachten Knobloch und Edtstadler auch ihre Besorgnis über den wachsenden Extremismus zum Ausdruck. Wie berechtigt diese Einschätzung war, zeigte sich nur wenige Tage später beim Massaker eines radikalen Islamisten in Wien am Montag vergangener Woche. Vier Menschen kamen im Kugelhagel ums Leben, Dutzende wurden verletzt, einige davon lebensgefährlich.

An dem Treffen im Gemeindezentrum hatten auf österreichischer Seite auch Botschafter Peter Huber und Generalkonsul Josef Saiger teilgenommen, aufseiten

der Gastgeber kamen IKG-Vizepräsident Ariel Kligman und Steven Guttman, Geschäftsführer der Gemeinde, hinzu.

Einig waren sich alle in ihrer Einschätzung, dass die vielfältigen Verschwörungstheorien und der Hass im Internet eine

maßgebliche Rolle bei der zunehmenden Radikalisierung spielen. IKG-Präsidentin Charlotte Knobloch nannte in diesem Zusammenhang die Protagonisten von »QAnon« und »Judas.Watch«.

Eine gemeinsame Position vertraten Charlotte Knobloch und Karoline Edtstadler auch dahingehend, dass im Netz verbreitete Verschwörungstheorien als Kristallisationspunkt für antidemokratische Bewegungen betrachtet werden müssten, speziell in Hinblick auf die Corona-Pandemie. Die Demonstration von Coronaleugnern im Sommer auf dem Münchner Marienplatz sei dafür ein Beispiel, berichtete die IKG-Präsidentin.

Ihre Anwesenheit im Gemeindezentrum nutzte die österreichische Ministerin auch für einen Besuch der Ohel-Jakob-Synagoge. Ellen Presser, die Leiterin der IKG-Kulturabteilung, informierte sie bei einer persönlichen Führung über die Besonderheiten des sakralen Bauwerks. Karoline Edtstadler zeigte sich sehr beeindruckt. *hr*



Bundesministerin Karoline Edtstadler (l.) und IKG-Präsidentin Charlotte Knobloch

Foto: Bundeskanzleramt/Andy Wenzel